

Antworten von Eva Ariane Koepke, SPD, zu den Fragen an die Leverkusener Kandidaten zur Landtagswahl:

**Wie ist Nordrhein-Westfalen aus Ihrer Sicht integrationspolitisch aufgestellt?
Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf?**

Die Integration der zu uns Geflüchteten sowie die im Rahmen der EU-Binnenwanderung und aufgrund des Überfalls auf die Ukraine zu uns gekommenen Menschen war und wird weiterhin in den nächsten Jahren in Nordrhein-Westfalen eine der großen landespolitischen Aufgaben sein. Ich werde mich im Landtag dafür einsetzen, die Stellung der Migrant*innenorganisationen und Wohlfahrtsverbände weiter zu stärken und für sie eine sichere Grundlage zur Weiterentwicklung und Optimierung zu schaffen. Dafür muss aus meiner Sicht der bestehende „Integrationsplan für NRW“ konsequent fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Dazu gehören aus meiner Sicht folgende zentrale Punkte:

- ✓ Fortführung der bereits angestoßenen Maßnahmen und Projekte durch Gewährleistung von Planungs-, Förderungs- und Finanzierungssicherheit;
- ✓ Weiterentwicklung der Schwerpunkte Sprache, Bildung, Ausbildung, soziale und kulturelle Integration sowie Anti-Diskriminierungsarbeit;
- ✓ Förderung leistungsfähiger und dauerhafter Strukturen;
- ✓ Integration als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen, unterschiedliche Gruppen nicht gegeneinander auszuspielen und keine einseitige Integrationspolitik zu betreiben.

Wie stehen Sie zum kommunalen Wahlrecht und zum Landeswahlrecht für alle Menschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit? Würden Sie einer entsprechenden Änderung der Verfassung des Landes NRW zustimmen?

Meine Position ist, dass doppelte Staatsbürgerschaft uneingeschränkt erlaubt werden sollte, damit Wahlrecht uneingeschränkt ausgeübt werden kann.

Welche Bedeutung messen Sie der kommunalpolitischen Teilhabe von Menschen mit internationaler Familiengeschichte durch Integrationsräte bei?

Ich halte die Entscheidung der Regierungsparteien CDU und FDP, die Verpflichtung zur Einrichtung von Integrationsräten abzuschaffen, für einen Fehler. Integrationsräte sind nach meiner Auffassung Teil einer über Jahrzehnte gewachsenen Struktur zur Förderung von Teilhabe und Integration. Integrationsräte sind eine der wichtigsten integrationspolitischen Errungenschaften zur politischen Partizipation von Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Auf diese institutionelle Zusammenarbeit möchte ich weder in Leverkusen noch anderswo verzichten.

Welche präventiven Ansätze schlagen Sie vor, um die Verbreitung von Rassismus und rechtsextremem Gedankengut zu verhindern?

Seit jeher ist es Grundsatz der Sozialdemokratie, dass ein demokratischer Rechtsstaat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, sich und die mit ihm verbundenen Werte zu schützen und sich Verfassungsfeinden energisch entgegenzustellen. Deshalb muss die Bekämpfung des politischen und religiösen Extremismus weiter ausgebaut und der Kampf

gegen Gewalt, Terror, Hasskriminalität und rassistische Volksverhetzung verstärkt werden. Neben einem Ausbau der Polizei und des Verfassungsschutzes muss in Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus investiert und den Kommunen dabei geholfen werden, der Entstehung und Verfestigung von extremistischen Einstellungen entgegen zu treten. Wichtig ist aus meiner Sicht außerdem dafür zu sorgen, dass auf Internetplattformen menschenverachtende und extremistische Inhalte entfernt und beseitigt werden.

Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus hat die SPD-Landtagsfraktion darüber hinaus bereits im März 2020 einen Antrag zur Erstellung eines Masterplans mit 55 konkreten Punkten zur Bekämpfung dieser Form des Extremismus in den Landtag eingebracht, dessen Einzelheiten unter [MMD17-8778.pdf \(nrw.de\)](#) eingesehen werden können.

Wie kann institutionellen Formen der Diskriminierung im Bereich Schule und Bildung entgegengewirkt werden? Wie kann struktureller Rassismus in Bildungseinrichtungen reflektiert und beseitigt werden?

Institutionelle Diskriminierung kann in keinem politischen Handlungsfeld isoliert bekämpft werden. Initiativen sind nach meiner Meinung vor allem auch auf integrationspolitischer Ebene, in der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik und im Beschäftigungssystem unabdingbar.

Damit die Schule dazu ihren Beitrag leisten kann, müssen Maßnahmen in antidiskriminierender Absicht relevant sein. Sie dürfen nicht abgekoppelt sein von anderen Initiativen und Reformen, die die schulischen Strukturen und Routinen beeinflussen. Themen der sozialen Heterogenität und Ungleichheit müssen explizit in laufenden Reformvorhaben im Bildungssystem verankert und zum relevanten Prüfkriterium für die Qualität anderer Reformelemente werden.

Generell müssen Handlungsansätze, um die Mechanismen institutioneller Diskriminierung zu identifizieren, abzustellen und zu vermeiden, eine zweifache Stoßrichtung aufweisen: Zum einen sollten Mehrsprachigkeit und Aspekte der sozio-kulturellen Heterogenität in allen Prozessen in Unterricht und Schulleben systematisch berücksichtigt werden. Bei der Gestaltung der Lehrpläne sollten Themen wie Identität, Pluralität, Ungleichheit und Rassismus in Verbindung mit den Prinzipien demokratischer Partizipation als eigener Unterrichtsgegenstand, wie auch als Querschnittsaufgabe in allen Fächern verankert werden. Schulen und Bildungseinrichtungen müssten sich in Bezug auf Themen der Pluralität und Chancengleichheit als ‚lernende Systeme‘ begreifen.

Außerdem muss eine solche pädagogische Entwicklungsarbeit langfristig angelegt sein. Dazu sind neben Vorkehrungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, Schulleiterinnen und -leitern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Behörden und Beratungseinrichtungen auch attraktive Anreize, klare Vorgaben, durchdachte pädagogische und methodische Konzepte und entsprechende (externe) Steuerungs-, Beratungs- und Feedbacksysteme erforderlich.

Mit einer solchen Herangehensweise bleibt Diskriminierung kein Randthema im professionellen Alltag, sondern wird zur praktischen Herausforderung in Bereich von Schule und Bildung bei der Erfüllung ihres regulären Geschäfts.

Begleitend hielte ich die Einrichtung einer landeseigenen Antidiskriminierungsstelle im Rahmen eines Antidiskriminierungsgesetzes für NRW für nötig, um erfolgreiche integrationspolitische Arbeit garantieren zu können und um Diskriminierung und Rassismus in unserer Gesellschaft keinen Platz zu bieten. Im Jahr 2020 wurde ein Antrag der SPD auf Installation einer Antidiskriminierungsstelle von der CDU und FDP geführten Landesregierung abgelehnt. Ich werde mich im Landtag weiter dafür einsetzen, ein Antidiskriminierungsgesetz und die dazugehörige Stelle auf den Weg zu bringen, um weiterhin ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft zu gewährleisten.

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um verloren gegangenes Vertrauen der Menschen mit internationaler Familiengeschichte in den Staat gezielt wiederzuerlangen?

Alltägliche Ungerechtigkeiten, Angriffe und Übergriffe dürfen nicht verharmlost oder verschleiert werden. Die im „Masterplan gegen Rechtsextremismus“ der SPD (siehe oben) benannten Punkte sollen umgehend umgesetzt und, soweit Gesetzesänderungen erforderlich sind, diese auf den Weg gebracht werden. Hierzu gehören unter anderem, dass Polizei-, Sicherheits- und Justizbehörden für rechtsextreme Einstellungen und Taten stärker sensibilisiert werden müssen. Ein Lagebild Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung soll jährlich dezidiert Auskunft darüber geben, wie Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Abstammung und Religion Opfer von Gewalttaten, rassistischen Angriffen und Unterdrückung werden. Zudem muss dieses Lagebild auch Auskunft über Einstellungen in der Gesellschaft zu Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung geben, um bereits frühzeitige Warnsignale wahrnehmen und reagieren zu können.

Welchen konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um den Anteil der Beschäftigten mit internationaler Familiengeschichte im öffentlichen Dienst zu erhöhen?

Wie kann sichergestellt werden, dass sich ihr Anteil in der Bevölkerung in allen Laufbahngruppen widerspiegelt?

Aus meiner Sicht muss die interkulturelle Öffnung der Verwaltung im Öffentlichen Dienst durch diskriminierungsfreie Bewerbungs- und Zugangsverfahren vorangetrieben werden. Dazu gehört dringend die Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren.

Mein integrationspolitisches Ziel ist ein Nordrhein-Westfalen, in dem Respekt und Zusammenhalt gelebt werden, Chancengerechtigkeit herrscht und alle Menschen, unabhängig ihrer ethnischen oder weltanschaulichen Zugehörigkeit, sich gegenseitig akzeptieren und gleich behandelt werden.